

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

11

Wien, Dienstag, den 18. Jänner 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Jänner 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag 1927.

Der Bürgermeister eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und erteilt dem Gemeinderat Holaubek (chr. soz.) zur Spezialdebatte über das Kapitel Wohlfahrtswesen das Wort.

GR. Holaubek beschäftigt sich einleitend mit dem krassen Ansteigen der Arbeitslosigkeit und führt aus, dass die Ursache der wirtschaftlichen Not und des Elends in der unsinnigen Art der Steuerpolitik, welche die Mehrheit betreibt, zu suchen ist. Gegen siebzigttausend Menschen suchen bei Herrn Professor Tandler Hilfe. Angesichts dieser ungeheuren Zahl notleidender Menschen wirft sich die dringende Frage auf, was zu tun ist, um die Arbeitslosigkeit und damit das Elend zu lindern. Wir haben in der Generaldebatte viele Vorschläge gemacht. Sie haben sie aber als Demagogie bezeichnet und abgelehnt. Auf unsere Forderungen sind Sie nur in einem ganz unzureichenden Masse eingegangen und auf unsere Forderung, die Steuern zu ermässigen, haben sie nur Hohn übrig gehabt. Für alles haben Sie Geld, nur nicht für die Armen. Als die christlichsoziale Partei im Rathaus herrschte, war das Wohlfahrtswesen der Ausdruck des Geistes der christlichen Nächstenliebe. Im Jahre 1912 hat die damalige Gemeindeverwaltung für das Armenwesen und für die Armenversorgung ohne Verwaltungskosten den Betrag von 18,927.000 Kronen verwendet, das sind 27,7 Millionen Schilling. Heute werden für das Jahr 1927 80 Millionen Schilling präliminiert. An den horrenden Steuern gemessen, ist das ein viel zu geringer Betrag und daher müssen wir immer und immer wieder fordern, dass Sie sich endlich entschliessen, dem Wohlfahrtswesen eine grössere Beachtung zu widmen.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Versorgungshaus Lains und dem Bürgerversorgungshaus. Im Lains wird für die Verwaltung mehr ausgegeben als für die Befürsorgung der dort untergebrachten Pflegelinge. Dass das Bürgerversorgungshaus aufgelassen werden soll, ist auf parteipolitische Einflüsse zurückzuführen. Unsere Anklagen richteten sich nicht gegen die Person des Herrn Professors Dr. Tandler, sondern gegen das System, an das er schliesslich und endlich gebunden ist und das stärker ist als er. GR. Holaubek bemängelt, dass viel zu wenig Kohlenzettel angewiesen werden. Manche Bezirke erhalten Kohlen- und Holzzettel, manche nur Kohlenzettel. Ein Fürsorgerat, der z. B. dreissig bis vierzig Menschen zu befürsorgen hat, erhält nur fünfzehn Anweisungen. Nicht zu begreifen ist es, wie es möglich ist, dass z. B. in Währing die Kohlenzettel nicht im Fürsorgeinstitut, sondern im sozialdemokratischen Parteisekretariat aufgelegt wurden. Die weiteren Ausführungen des Redners beschäftigen sich nun mit der privaten Fürsorge, die von der jetzigen Gemeinderatsmehrheit vollständig unterbunden wird.

Die Tätigkeit der Fürsorgeräte werde vielfach durch die antlichen Fürsorgerinnen dadurch erschwert, dass ihre Vorschläge nicht beachtet werden. Was die Fürsorgerin erhoben hat, sei entscheidend. In den Sitzungen des Fürsorgerates gibt es wegen dieser Einflüsse oft Konflikte und manche Fürsorgeräte fühlen sich zurückgesetzt. Man möge doch dahin trachten, solche Gegensätze auszuschalten. Die antlich bewilligten Sammlungen erfolgen nach Anschauung des Redners nicht nach einem einheitlichen Plan, man müsste sich entweder für Häusersammlungen entscheiden oder für Sammlungen auf der Strasse, weil viele Leute sich daran stossen, dass sie auf der Strasse um Spenden angegangen werden und gleichzeitig bei der Haussammlung eine Spende leisten müssen. Die Gemeinde sollte trotz ihrer Abneigung gegen sichtbare Auszeichnungen zumindest verdienten Fürsorgeräten, die fünfzehn Jahre hindurch diesen Amt versehen, Anerkennungsdiplome

geben. Im Wohlfahrtswesen sollten alle politischen Einflüsse unterbleiben, in der Liebe zu den Armen dieser Stadt alle Parteiunterschiede schwinden. Wenn die Minderheit für diese Verwaltungsgruppe nicht stimme, so geschehe es nicht aus Misstrauen gegen den Referenten, sondern in der Ueberzeugung, dass die sozialdemokratische Partei aus Wien ein wirtschaftliches Trümmerfeld gemacht habe und in der Erkenntnis, dass ihre Parteigrundsätze und Anschauungen der allgemeinen Sittenverderbnis Vorschub leisten. Man möge bei den Christlichsozialen eine Anleihe aufnehmen, aber nicht in Geld sondern in den guten christlichen Grundsätzen und die Verwaltung dieser Stadt vom Geiste der christlichen Nächstenliebe leiten lassen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G. R. Hörnsperger (chr. soz.) befasst sich mit der Frage der offenen Fürsorge, er bemängelt die geringen Unterstützungsbeiträge, tritt für eine Erhöhung ein und beantragt allen in der offenen Fürsorge stehenden Siebzigtjährigen Personen den höchsten Pflegebeitrag von vierzig Schilling monatlich zu bewilligen.

Der Redner bemängelt dann, dass die Fürsorgeräte schon langsam zu Zustellboten herabsinken. Wie auch schon andere Redner, so bezeichnet auch GR. Hörnsperger die Pflegebeiträge als viel zu gering. Bezüglich der Friedhofverwaltung macht der Redner den Stadtrat Dr. Tandler darauf aufmerksam, dass auf dem Zentralfriedhofe viele Wege bei schlechter Witterung beinahe ungangbar sind, und ersucht, diesen Uebelstand abzuheben.

Nun spricht Frau Gemeinderätin Kurzbauer (chr. soz.). Ihre Ausführungen gipfeln sich in der Beschwerde, dass die freiwillige Fürsorge, die auch in Wien unbedingt notwendig ist, durch die jetzige Gemeinderatsmehrheit fast unmöglich gemacht wird. Auch diese Rednerin tadelt die Geringfügigkeit der Pflege- und Erhaltungsbeiträge und wünscht, dass sie erhöht werden und den Fürsorgeräten das ihr zukommende Recht wieder erlangt.

Als nächster Redner beschäftigt sich Gemeinderat Paulitschke (chr. soz.) mit dem Geburtenrückgang, über den Stadtrat Dr. Tandler in seinem Referat ausführlich berichtet hat, und über den Kampf um den Paragraph 114. Der Redner findet es merkwürdig, dass bei Unterhaltsbeiträgen für alte Leute alle möglichen Recherchen gemacht und Erklärungen eingesehen werden, während bei Unterhaltsbeiträgen für Lebensgefährtinnen viel laxer vorgegangen wird. Bezüglich des Bürgerversorgungshauses wünscht Gemeinderat Paulitschke, dass bei Auflassung des Bürgerversorgungshauses im Einvernehmen mit der Bürgervereinigung ein vollwertiger Ersatz für das Bürgerversorgungshaus geschaffen werde.

18^u januar

18/
I